PB.Z-01-437-2

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Alexander Link (KV Heidelberg)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 436 bis 443:
Ehrenamt und freiwilliges Engagement sind vielfältig, Millionen Menschen stärken damit den Zusammenhalt der Gesellschaft. Jeder Mensch, der das möchte, soll auch einen Freiwilligendienst machen können: Wir wollen die Plätze in den ~~Bundesfreiwilligendienst~~Freiwilligendiensten daher auf 200.000 Plätze im Jahr ~~erweitern~~verdoppeln und machen uns für eine rechtliche Garantie für einen Platz als Freiwilligendienstleistende*r stark. Die Freiwilligendienste sollen besser ausfinanziert werden, damit sich junge Menschen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern engagieren können. Dazu wollen wir die Taschengeldsätze auf ein höheres und einheitliches Niveau heben und kostenlose ÖPNV-Tickets ermöglichen. Auch für Ältere und Menschen mit Behinderungen sollen die Rahmenbedingungen attraktiver und inklusiver werden. ~~Zusammen mit Ländern~~Wir sind der festen Ansicht, dass soziales und ~~Kommunen wollen wir eine Engagementkarte für Vergünstigungen einführen, beispielsweise~~ökologisches Engagement von der freiwilligen Motivation lebt, sich für ~~Schwimmbäder oder Theater,~~andere und ~~erkennen~~ die ~~Leistung~~Umwelt zu engagieren und nicht von Zwang und Pflicht. Wir sprechen uns daher gegen einen Pflichtdienst aus, der ~~vielen Engagierten mehr an~~zudem verfassungsrechtlich bedenklich ist und einige Milliarden Euro bei unklaren Folgen kosten würde.

Begründung

Der Teil zu den Freiwilligendiensten wurde nochmal nachgeschärft.

Zum einen muss klar sein, dass wir dem Bedarf in den Diensten gerecht werden wollen, d.h. die höhere Nachfrage nach Plätzen bedienen und die Ausstattung der einzelnen Plätze, v.a. in Form der deutlich zu niedrigen Taschengeldsätze verbessern - notfalls durch Bundeszuschüsse an die Träger.

Zum anderen sprechen wir uns klar gg. einen Pflichtdienst aus, der verfassungsrechtlich höchst bedenklich ist, nach Hochrechnungen deutlich über 10 Milliarden EUR kosten würde und dessen gesellschaftlicher Nutzen nach aktueller Studienlage whs. sogar eher Abneigung gg. Engagement erzeugt als umgekehrt. Wir sind der festen Ansicht, dass Engagement von der Motivation aus sich selbst heraus lebt, sich für andere oder die Umwelt einzusetzen - aber nicht vom Zwang. Diese Meinung teilen wir bspw. auch mit allen Wohlfahrtsverbänden.
Zudem dienen die Freiwilligen nicht dazu, andere Defizite zu beheben, z.B. den Pflegenotstand oder die zu geringe Bezahlung in sozial-karitativen Berufen.

weitere Antragsteller*innen

Felix Bach (KV Braunschweig); Tobias Franz (KV Braunschweig); Johann Lukas Fetköter (KV Braunschweig); Swantje Schendel (KV Braunschweig); Leonore Köhler (KV Braunschweig); Elisa

Dittmann (KV Braunschweig); Andreas Tesche (KV Rostock); Birgitta Tremel (Hannover RV); Mareile große Beilage (KV Braunschweig); Andreas Hoffmann (KV Braunschweig); Anton Hensky (KV Braunschweig); Natascha Kauder (KV Frankfurt); Anne Johannsen (KV Sächsische Schweiz - Osterzgebirge); Dorothea Kaufmann (KV Heidelberg); Susanna Kahlefeld (KV Berlin-Neukölln); Yusuf Uzundag (KV Hamburg-Altona); Susanne Litzel (KV Berlin-Mitte); Kevin Klüglein (KV Coburg-Stadt); Raphael Marquart (KV Köln); Gordon Schnepel (KV Braunschweig); Laura Benning (KV Berlin-Pankow); Dave Tkaczyk (KV Braunschweig); Nina Wellenreuther (KV Mannheim); Tjark Melchert (KV Gifhorn); Lukas Weber (KV Heidelberg); Annette Reif (KV Tuttlingen); Nicolá Lutzmann (KV Heidelberg); Jan-Gerrit Keil (KV Berlin-Pankow); Jens Christoph Parker (KV Osnabrück-Stadt); Marcel Richter (KV Braunschweig); Quentin Kügler (KV Leipzig); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Christian Storch (KV Berlin-Pankow); Paul-Joachim Bomhard (KV Hamburg-Altona)